



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 17.12.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Nachtrag vom 16. Dezember abends:

Lug-info.com: Die Vertreter der LVR analysieren die Ausführungen des Dokuments über die Amnestie, das vom Koordinator der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Pierre Morel den Teilnehmern des Verhandlungsprozesses übergeben wurde, sorgfältig. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego. Zuvor hatte der OSZE-Vertreter Martin Sajdik erklärt, dass auf dem Treffen der Kontaktgruppe in Minsk am 15. Dezember ein „inoffizielles Arbeitsdokument“ zu Fragen der Amnestie der Teilnehmer der Kämpfe im Donbass erarbeitet wurde.

„Gestern am Ende des Tages hat er ein verallgemeinertes Papier über E-Mail versandt, in dem er versucht hat, die Vorschläge der ukrainischen Seite und unsere Vorschläge zu analysieren und hat ein Dokument vorgelegt, in dem Vorschläge angegeben sind, mögliche Kompromisse und perspektivische Lösungen“, berichtete Dejnego.

„Wir werden alles, was er dort geschrieben hat, sorgfältig analysieren, um im Ergebnis einen Entwurf für eine Konzeption zu erhalten, auf welche Weise die Erfüllung der Punkte des Protokolls vom 5. September 2014 und des Maßnahmenkomplexes vom 12. Februar bezüglich der Unzulässigkeit von Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen im Südosten der Ukraine abgesichert werden kann“, sagte Dejnego.

Er unterstrich, dass „dies kein Gesetzentwurf“ zur Amnestie ist, sondern „eine Ausarbeitung für die Untergruppe“.

„Es ist einfach eine Analyse von Vorschlägen, um die Arbeit der Gruppe optimal zu organisieren“, sagte er.

Der Vertreter der LVR sagte, dass die ukrainische Seite auch die Vorschläge des OSZE-Vertreters erhalten hat.

„Er hat es allen geschickt, aber die ukrainische Seite will traditionsgemäß keine E-Mail verwenden oder ist dazu nicht in der Lage, deshalb gab es in der Presse eine Erklärung, dass sie nichts erhalten haben“, sagte Dejnego.